

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(53. - öffentliche - Sitzung am 22. August 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3742](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfs auf der Grundlage der **Vorlage 20** des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes.

2. **Versorgung von Demenzkranken verbessern - Careteams im Krankenhaus einsetzen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3928](#)

Aus Zeitgründen setzte der Ausschuss den Punkt von der Tagesordnung ab.

3. **Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren in sogenannten Lovemobilen schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3264](#)

Aus Zeitgründen setzte der Ausschuss den Punkt von der Tagesordnung ab.

4. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss legte den folgenden Zeitplan für die Beratung des Haushaltsplanentwurfs fest:

- | | |
|--------------------------|---|
| 19.09.2019 vormittags: | Vorstellung des Einzelplans 05 durch die Ministerin und allgemeine Aussprache |
| 19.09.2019: nachmittags: | Vorstellung relevanter Kapitel des Einzelplans 06 durch die Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft und Kultur, allgemeine Aussprache, soweit möglich Abschluss der Beratung
Vorstellung relevanter Kapitel des Einzelplans 02 durch den zuständigen Referatsleiter der Staatskanzlei, allgemeine Aussprache, soweit möglich Abschluss der Beratung |
| 26.09.2019 ganztägig: | Beginn der Einzelberatung der Einzelpläne 05 und 20 |
| 02.10.2019 vormittags: | soweit erforderlich: Fortsetzung der Beratung der Einzelpläne 05 und 20 und Abschluss der Beratung |

Der Ausschuss bat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, zur Vorbereitung seiner Beratungen, wie in der Vergangenheit praktiziert, möglichst frühzeitig eine schriftliche Info-Mappe zur Verfügung zu stellen.

Ferner bat der Ausschuss jeweils um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu den frauenpolitischen und migrationsrelevanten Maßnahmen in dem üblichen Verfahren.

5. **Unterrichtungswunsch**

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion bat der Ausschuss die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über die Arbeitsgruppe beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zur Weiterentwicklung der Krankenhausplanung.